



DOSSIER #16

Etablierung der Rechten.

Über die Durchsetzung und Verbreitung rechter Einstellungen

1. Editorial
2. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland
3. Konsens und Tabu
4. Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag
"leichenring, dr. müller, menzel und apfel sehr wohl nationalsozialisten"
5. Popkultur und das Label deutsch
6. Die Kampagne "Du bist Deutschland"
7. Die Kampagne "Schöner leben ohne Naziläden"
8. weitere Materialien

1. Editorial

In der wissenschaftlichen Diskussion um Rechtsextremismus wurde sich schon lange vom Rechts/Linksschema verabschiedet. Studien und Umfragen stellen immer wieder fest, dass Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus keine Sache des rechten Randes ist. Vielmehr existieren sie in allen gesellschaftlichen Schichten, bei Männern wie Frauen, und unabhängig von parteipolitischen Präferenzen. Dennoch ist es nach wie vor verbreitet, Probleme mit rechten Einstellungen lediglich bei neo-nazistischen Jugendlichen zu verorten.

Eine Studie zu rechtsextremen Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern verdeutlicht dies anschaulich. Traditionell werden Gewerkschaften eher als links angesehen, dies entspricht auch dem Selbstbild von Gewerkschaften. Im DGB wurde noch Anfang 2005 behauptet, aktive Gewerkschafter seien nicht rechtsextrem. Doch die Studie, die von gewerkschaftsnahen Stiftungen finanziert wurde, zeichnete im selben Jahr ein ganz anderes Bild. Insgesamt haben 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder eine rechtsextreme Einstellung, fanden die Wissenschaftler von der FU Berlin heraus. Gerade die ausgebildeten FacharbeiterInnen, die so genannte Mittelschicht, tendieren überproportional zu rechten Einstellungen. Eine Gruppe also, die nicht als Modernisierungsverlierer angesehen werden kann.¹

Das Entsetzen bei GewerkschaftsfunktionärInnen war groß und die Untersuchungsergebnisse wurden zunächst intern überprüft und diskutiert bevor sie veröffentlicht wurden. Gerade die Überraschung über die Ergebnisse zeigt, dass der Mythos vom rechten Rand noch weit verbreitet ist. Die meisten Untersuchungen kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass etwa 20 Prozent der Deutschen rechtsextreme Überzeugungen vertreten. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, der erste Text des Dossiers stellt eine Studie der Universität Leipzig vor, die sowohl aktuelle als auch vergleichende Ergebnisse diskutiert und deutlich die erschreckende Verbreitung rechter Positionen in der Bevölkerung aufzeigt.

¹ Die Studie Gewerkschaften und Rechtsextremismus <http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm> oder ausgewählte Ergebnisse: <<http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/Downloads/Ergebnispapier-Workshop.pdf>>



Diese Verbreitung bezeichnet das Bündnis gegen Rechts (bgr) als rechten Konsens und diskutiert auf diese Analyse aufbauend mögliche Gegenstrategien und Schwerpunktsetzungen antifaschistischer Politik. Gerade wenn das Hauptproblem nicht allein die Nazis darstellen, müssen Strategien und Aktionen neu überdacht werden. In dem Artikel Konsens und Tabu werden diese Überlegungen dargestellt.

Die Durchsetzung rechter Einstellungen in Deutschland schafft ein Klima, in dem rechtsextreme Parteien mit ihren Positionen leichter Anschluss finden können. Dies zeigte besonders die sächsische Landtagswahl 2004, bei der die NPD 12 Mandate erhielt. Nach einem ersten Medienaufschrei und der Eskalation um den Begriff 'Bombenholocaust' im Februar 2005 wurde nicht viel über die nazistische NPD im Landtag berichtet, lediglich einzelne Provokationen wurden in der bundesweiten Presse aufgegriffen. Eine Bilanz des ersten Jahres zieht die Initiative Nazis im Parlament (nip) in dem Artikel 'Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag'.

Ein wichtiger Aspekt rechter Einstellungen ist der Nationalismus, zu dem ein positiver Deutschlandbezug und damit verbunden die Abwertung anderer Nationen gehören. In den letzten Jahren wurde verstärkt darüber diskutiert, in den Hintergrund geraten ist dabei jedoch die Frage, warum man sich überhaupt positiv auf die Nation beziehen soll. Durchgesetzt hat sich vielmehr ein mal mehr mal weniger ausgeprägter Nationalismus, den es zwar immer schon gab, der sich nun aber konsequent äußert, beispielsweise in der Musik und dort nicht nur in der Debatte um eine Deutschquote für Radiostationen und Musiksender, sondern auch im allgemeinen Popdiskurs. Kaum ein Musikbericht kommt ohne einen Hinweis auf den Erfolg deutschsprachiger Bands aus, fast immer verbunden mit der Freude, dass endlich wieder mehr deutsch gesungen würde. Viele populäre Bands äußern sich positiv zu Deutschland, so dass bereits von der Nationalisierung des Pop gesprochen werden kann. Der Artikel Popkultur und das Label deutsch befasst sich mit dieser Nationalisierung und kritisiert die Diskurse um Heimat, Volk und Nation.

In einem ähnlichen Diskurs bewegt sich die Kampagne Du bist Deutschland, um die kein Fernsehzuschauer und keine Zeitschriftenleserin herum kommt. Vehement wurde man aufgefordert sich die Hände schmutzig zu machen oder wahlweise Beate Uhse oder August Thyssen zu werden. Viele linke Gruppen und freie Radios haben sich mit der Kampagne auseinandergesetzt. Eine Übersicht bietet der Artikel 'Die Kampagne "Du bist Deutschland"'.²

Im Anschluss an die Artikel findet sich wie in jedem D-A-S-H Dossier eine Materialsammlung mit Literatur, Links und Medien zum Thema.

2. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland²

Von Oliver Decker und Elmar Brähler

Die Erhebung

Die hier vorgestellten Ergebnisse unserer Untersuchung im Auftrag der Universität Leipzig wurden im Zeitraum von September bis Oktober 2004 mit einem Fragebogen gewonnen. Die Fragen und sechs Skalen zur Erfassung des Rechtsextremismus sollen auch künftigen Untersuchungen zur Verfügung stehen. Rechtsextremismus wurde hinsichtlich einer Einstellungs- und einer Handlungsebene unterschieden. Mit dem

² [Ein ausführlicher Artikel findet sich in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 42/2005)
<http://www.bpb.de/publikationen/PA9IIE,0,0,Rechtsextreme_Einstellungen_in_Deutschland.html>



Fragebogen sollen nur Einstellungen erhoben werden. Für die Entwicklung der Fragen wurde die folgende Arbeitsdefinition herangezogen: "Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen."

Rechtsextremismus wird mit diesem Fragebogen in sechs Skalen erfasst, zu denen jeweils drei Fragen gestellt wurden.³

So werden die Probanden nach der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (beispielsweise: "Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert."), nach ihrer Zustimmung zu chauvinistischen (beispielsweise "Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht."), ausländerfeindlichen (beispielsweise: "Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet") und antisemitischen Aussagen (beispielsweise: "Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns") befragt. Weiterhin wurde ihre Zustimmung zu Aussagen mit sozialdarwinistischem Inhalt (beispielsweise: "Es gibt wertvolles und unwertes Leben") und den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen (beispielsweise: "Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen") erfragt. Die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala auszudrücken ("stimme voll und ganz zu", "stimme überwiegend zu", "teils/teils", "lehne überwiegend ab", "lehne völlig ab").

Die Befragung wurde im Auftrag der Universität Leipzig vom Meinungsforschungsinstitut USUMA in der gesamten Bundesrepublik durchgeführt. Die Grundgesamtheit in der von uns durchgeführten Erhebung stellte die deutschsprachige, in Privathaushalten lebende Wohnbevölkerung ab 14 Jahren dar.

Ergebnisse⁴

Fassen wir die Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen zusammen, sind insbesondere die zu mehr als einem Viertel hohen ausländerfeindlichen Einstellungen auffällig. Auch der Chauvinismus ist in der untersuchten repräsentativen Stichprobe sehr deutlich. Jeder zehnte Deutsche stimmt außerdem antisemitischen Aussagen ausdrücklich zu. In der Zusammenschau fällt ferner auf, dass die Werte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht so deutlich zu unterscheiden sind. Westdeutschland zeigt sich antisemitischer und chauvinistischer, ist aber weniger sozialdarwinistisch eingestellt. Hier hat in den letzten Jahren eine Entwicklung stattgefunden, wie den Diagrammen der PDF-Version zu entnehmen ist.⁵

Sowohl die Zustimmung zu einer Diktatur als auch zu chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen hat seit 1994 in Ostdeutschland kontinuierlich abgenommen. In Westdeutschland stagnierten die Zustimmungswerte im selben Zeitraum oder zeigten eine geringe Zunahme. Antisemitismus scheint in beiden Landesteilen ein Sonderfall zu sein: Die Schwankung in Westdeutschland ist bei der Aussage deutlich zu verzeichnen. Während in Ostdeutschland die Zustimmung von sieben Prozent 1994 bis auf zwölf Prozent heute zunahm, "explodierte" die Zustimmung im Westen förmlich auf 31 Prozent im Jahre 2002. Dabei war das Niveau von 1994 mit 17

³ Fragebogen < http://www.uni-leipzig.de/~medpsy/pdf/rechtsextremismus_230605.pdf >

⁴ Im Folgenden werden lediglich einzelne Ergebnisse vorgestellt und interpretiert, alle Antworten auf die einzelnen Fragen finden sich detailliert in der Studie < http://www.uni-leipzig.de/~medpsy/pdf/rechtsextremismus_230605.pdf > und in diesem Artikel < www.bpb.de/publikationen/PA9IIE,0,0,Rechtsextreme_Einstellungen_in_Deutschland.html >

⁵ Die Daten von 1994 und 1998 stammen aus: Jürgen Falter, Rechtsextremismus in Deutschland. Die Entwicklung des Einstellungs- und Verhaltenspotenzials 1994 - 2000, in: Perspektive, Nr. 7 (2000) (Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz), S. 7 - 27. Die Daten von 2002 und 2004 stammen aus unserer Arbeitsgruppe; für die Daten aus 2002 vgl. O. Decker/O. Niedermayer/E. Brähler

Prozent bereits deutlich höher als im Osten. Mit 21 Prozent ist die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen im Westen immer noch deutlicher ausgeprägt.

Weiteren Tabellen in der PDF-Version sind die Zustimmungswerte in Abhängigkeit von Geschlecht, Erwerbsstatus und formalem Bildungsgrad zu entnehmen. In allen Skalen zeigen die Männer eine deutlich ausgeprägtere rechtsextreme Einstellung als die befragten Frauen. Dabei nähern sich die Frauen in der Ausländerfeindlichkeit den Männern an, erreichen aber auch hier nur annähernd die männlichen Zustimmungswerte. Interessant ist, dass die Zustimmung bei Arbeitslosen deutlich höher ist als bei den anderen Gruppen. Aber auch hier fallen die in allen Gruppen hohen Zustimmungswerte auf, während Befragte mit allgemeiner Hochschulreife deutlich niedrigere Zustimmungswerte zu verzeichnen haben als die Vergleichsgruppe ohne Abitur.

Auswertung

Die hohen Zustimmungswerte zu den meisten rechtsextremen Aussagen sind bemerkenswert. Die größte Zustimmung haben bundesweit ausländerfeindliche Aussagen, denen immerhin ein Viertel der Bevölkerung ausdrücklich zustimmen. Ein weiterhin großer Anteil der deutschen Bevölkerung stimmt Aussagen mit chauvinistischen Inhalten zu. Hinzu kommt die Gruppe der Personen, die angeben, den Aussagen zwar nicht zustimmen zu können, sie aber auch nicht ablehnen zu wollen: Eine Modifikation der Antworten im Sinne der sozialen Erwünschtheit kann angenommen werden. Das gilt auch für die antisemitischen Aussagen: Der Antisemitismus fällt mit zehn Prozent ausdrücklicher Zustimmung geringer aus als die Ausländerfeindlichkeit, ist jedoch mehr als ein Randphänomen.

Die Zustimmungswerte sind nicht in allen Bevölkerungsteilen gleichermaßen hoch. Auf der Ebene der einzelnen Aussagen lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, Geschlecht, Bildungsgrad und sozialer Lage ausmachen, aber auch Veränderungen im Antwortverhalten im Vergleich zu unserer Erhebung im Jahr 2002 sind festzustellen.

Im Ost/West-Vergleich sind noch immer deutliche Einstellungsunterschiede zu verzeichnen. Diese treten hervor, wenn viele Westdeutsche Hitler als "großen Staatsmann" sehen, den heutigen Einfluss "der Juden" als zu groß bewerten und ein starkes Nationalgefühl einfordern. Betrachten wir die Zustimmungswerte zu den Aussagen nach Skalen, sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr ganz so deutlich ausgeprägt. Der Westen zeigt sich chauvinistischer und antisemitischer als der Osten, auch in der Ausländerfeindlichkeit hat der Westen den Osten eingeholt. Als positiver Trend soll festgehalten werden, dass die Zustimmungswerte insgesamt abgenommen haben. Generell scheint der Osten nicht rechtsextremer eingestellt zu sein als Westdeutschland, wenn auch Differenzen in den einzelnen Aussagen zu erkennen sind.

Im Vergleich zur Repräsentativerhebung von 2002 lässt sich für Ostdeutschland ein Trend ausmachen: Die Zustimmungswerte zu Aussagen, dass eine Diktatur unter Umständen die bessere Staatsform sei und dass eine "Überfremdung" durch Ausländer drohe, haben abgenommen. Ähnliches gilt für die westdeutsche Zustimmung zur Forderung, "Mut zu einem starken Nationalgefühl" zu haben, sie fällt geringer aus. Am deutlichsten ist im Westen die Abnahme des Antisemitismus: Sahen 2002 noch 31 Prozent einen "großen Einfluss der Juden", so sank die Zahl 2004 um zehn Prozentpunkte auf 21 Prozent.

Diese Abnahme kann zum einen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass rechtsextreme und antisemitische Aussagen nach wie vor relativ hohe Zustimmung zu verzeichnen haben. Zum anderen sollten bei der Interpretation die vor zwei Jahren noch manifest geäußerten antisemitischen Aussagen von einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung berücksichtigt werden. Die nun im Verhältnis dazu geringeren Zustimmungswerte binnen

zwei Jahren können nicht beruhigen, sprechen sie doch eher für eine Latenz des Antisemitismus als für einen grundsätzlichen Einstellungswandel.

Betrachten wir Einflussfaktoren auf das Zustimmungsverhalten: Der deutliche Einfluss des Bildungsgrades auf die Zustimmung ist in bisherigen Studien bestätigt worden. Menschen mit höherem Schulabschluss stimmen rechtsextremen Aussagen seltener zu als jene, die einen niedrigeren Schulabschluss besitzen. Allerdings hat sich dieser Unterschied in der Befragung 2004 deutlich verringert. Der Anteil der Menschen mit Abitur als Schulabschluss, die den Aussagen zustimmen, hat deutlich zugenommen, insbesondere hinsichtlich der Ausländerfeindlichkeit. Frauen stimmten auch in dieser Erhebung rechtsextremen Aussagen weniger zu als Männer. Einzig bei der Ausländerfeindlichkeit liegen die Geschlechter gleichauf.

Die These, dass höhere Zustimmungswerte bei so genannten Modernisierungsverlierern anzutreffen sind, kann durch die Befragung gestützt werden. Arbeitslose haben bei allen Skalen eine deutlich rechtsextremere Einstellung als andere Bevölkerungsgruppen. Die hohe Zustimmung bei Rentnern korrespondiert mit dem Alterseffekt, den wir ausmachen konnten. Unterteilen wir die Untersuchungsgruppe in Altersgruppen, so zeigen die über 60-Jährigen die höchste Zustimmung.

Die Daten lassen in einem Punkt aufmerken: Die Zunahme rechtsextremer Einstellung in der Gruppe mit höherem Bildungsabschluss ist deutlich. Personen mit Abitur hatten bisher stabil niedrige Zustimmungswerte. Sollte sich dieser Trend in den nächsten Untersuchungen bestätigen, zeigt er Forschungsbedarf an. Bisher wurde Bildung als deutlicher Schutzfaktor gegen rechtsextreme und antisemitische Einstellungen bewertet. Sollte sich diese Annahme als falsch erweisen, gilt es, die Ursachen für diesen Einstellungswechsel aufzuklären.

Einen ersten Hinweis geben die hohen Zustimmungswerte der so genannten Modernisierungsverlierer. Die wirtschaftliche Krise und der strukturelle Umbau des Sozialstaats erfassen nun auch Schichten der Bevölkerung mit höherem Bildungsabschluss. Der bundesdeutsche Mittelstand ist von sozialen Deklassierungen bedroht, wie sie bisher in der Breite nur Angehörigen bildungsferner Schichten drohten. Sollte hier eine Ursache für die Zunahme des Rechtsextremismus zu finden sein, würde dies die These stützen, dass Rechtsextremismus und Antisemitismus stabile Einstellungsmuster sind, die bei sozialen Krisen aus der Latenz heraustreten.

Oliver Decker, Dr. phil., wissenschaftlicher Angestellter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Medizinische Fakultät der Universität Leipzig; Herausgeber der Zeitschrift "Psychoanalyse"

Elmar Brähler, Dr. rer. biol. hum. habil., Professor, Direktor der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Prodekan der Medizinischen Fakultät, Universität Leipzig

Weitere Literatur zur Rechtsextremismusforschung s. S. 18

3. Konsens und Tabu

Vom Bündnis gegen Rechts (bgr) Leipzig

Die Naziaktivitäten des letzten Jahres ergeben das Bild einer Nazibewegung, die sich von der staatlichen Anti-Nazi-Kampagne und der Verunsicherung durch das NPD-Verbotsverfahren mehr als nur erholt hat. Um ein antifaschistisches Vorgehen diskutieren zu können, gilt es zuerst zu untersuchen, worauf die inhaltliche Zustimmung weiter Teile der Deutschen zur Nazibewegung beruht. Denn nur diese Zustimmung vermag ihr



Wachstum trotz Höhen und Tiefen auf lange Sicht zu erklären. Der folgende Text zu dieser Frage ist eine stark gekürzte Fassung eines längeren Papiers zur Naziproblematik und ihren gesellschaftlichen Ursachen, das auf der Webseite des bgr Leipzig⁶ verfügbar ist.

Was ist der "rechte Konsens"?

Um zu untersuchen, worauf die Toleranz und Unterstützung von Nazis beruht, haben wir den Begriff "rechter Konsens" gewählt. Dieser Konsens versammelt in sich all jene Elemente, die mit der nationalsozialistischen Weltanschauung übereinstimmen, aber weit über die Naziszene hinaus als Selbstverständlichkeiten gelten. Anders als in der Zeit des Nationalsozialismus sind die Elemente des rechten Konsens außerhalb der Naziszene nicht in einer einheitlichen politischen Vorstellung verankert, sondern existieren als alltägliche Überzeugungen mit- und nebeneinander.

Die Elemente des rechten Konsens lassen sich grob in drei Gruppen einteilen. Das sind zum einen Vorstellungen vom Staat und dem Verhältnis der einzelnen Menschen zu ihm, des Weiteren die am Volk orientierte Eigenwahrnehmung und schließlich die Konstruktionen der Volksfremden.

Autoritäres Staatsverständnis

Der Staat ist im rechten Konsens eine autoritäre Institution. Den Anweisungen staatlicher Behörden sei grundsätzlich Folge zu leisten. Im Gegenzug obliege ihnen die Lösung gesellschaftlicher Probleme. Es geht im rechten Konsens nie um eine Staatskritik, sondern um eine Kritik an der politischen Klasse, die sich gegenwärtig des Staates bemächtigt habe. Bemängelt wird häufig die Schwäche staatlicher RepräsentantInnen, die zur Lösung der Probleme trotz der ihnen zustehenden Autorität nicht in der Lage sind. Die nationalsozialistische Problemlösungsstrategie, des "starken Mannes" und "Führers", der sich den Staat als Instrument zu Eigen macht und ihn so wieder zu seinem eigentlichen Zweck einsetzt, sind im autoritären Staatsverständnis des rechten Konsens bereits angelegt. Die weit über die Naziszene verbreitete positive Haltung zu sozialen Diktaturen als Krisenbewältigungsstrategien hat hier ihre Grundlage.

Ein derartiges Staatsverständnis geht mit einer sehr starken Identifikation der Einzelnen mit den staatlichen Vorgaben einher. Diese Identifikation geht über die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Staates hinaus, ohne die keine kapitalistische Gesellschaft längerfristig funktionieren würde. Allerdings steht die Abweichung des realen Staates von seinem im rechten Konsens vertretenen Idealbild der Identifikation im Wege. Solange der reale Staat weder Arbeit noch soziale Aufwertung durch Volkszugehörigkeit garantiert, ist der drohende Arbeitsdienst nur eine Last. Denn im rechten Konsens ist der Staat der organisatorische Ausdruck einer ihm zugrunde liegenden Gemeinschaft der Deutschen. Als Staat solle sich diese Gemeinschaft gegen schädliche Einflüsse von außen, wie Globalisierung und "heuschreckenschwarmartig über Unternehmen herfallende Investmentfonds", aber auch Kriminelle und eigennützige Interessengruppen, wehren.

Der Angriff auf Schröder während der Hartz IV Proteste, bei denen ein Arbeitsloser den damaligen Kanzler packte und "Gib mir Arbeit!" forderte, zeigt nicht nur wie nah an der Oberfläche die Identifikation mit dem Staat liegt. Es zeigt auch die Haltung zur Arbeit überhaupt. Zwar ist es nicht mehr die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die im Einklang mit dem Arbeitskult im Nationalsozialismus die deutsche Einheit als Einheit der Produktivkraft schuf, aber noch immer herrscht die Vorstellung von Arbeit als einzig legitimer Grundlage der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben. Nur arbeitend können sich die einzelnen in ihrer Existenz gegenüber der Gemeinschaft rechtfertigen. Wer angesichts von über fünf Millionen mehrheitlich verzweifelt nach einem Job suchenden Arbeitslosen einen Arbeitsplatz gern anderen überlässt, gilt als Schmarotzer. Kampagnen gegen solche Existenzen, wie die

⁶ <www.nadir.org/bgr>

sich häufenden Angriffe auf unpatriotisches Verhalten zeigen, welche Breite der rechte Konsens in dieser Frage hat.

Die Feinde des Volkes

Überwachungsapparate und Patriotismuskampagnen dienen der Aktivierung der Gemeinschaft von innen heraus. Dauerhaft effektiv ist der rechte Konsens aber in der Herstellung der Gemeinschaft durch die Identifizierung äußerer Feinde. Der Antiamerikanismus nimmt hier in der Gegenwart eine besondere Stellung ein, weil er es vermag, über den klassischen rechten Konsens hinaus Brücken in jene Teile der Gesellschaft zu schlagen, die die Zukunft Deutschlands in einer europäischen Perspektive sehen. Gerade dort, wo aus der Abwendung vom Nationalsozialismus und Westbindung der BRD heute die Möglichkeiten der Politik abgeleitet werden, ist der Antiamerikanismus das Mittel der Selbstvergewisserung, ein Teil des neuen, besseren Deutschlands zu sein. Wie im Antisemitismus - dessen Anwachsen in all seinen Formen in den letzten Jahren immer wieder festgestellt werden muss - ist auch der Antiamerikanismus eine Projektion der Probleme und Widersprüche der deutschen Gesellschaftsordnung in eine äußere Kraft, die am Zustand der Welt und seiner Wirkung auf Deutschland bzw. Europa schuld sein soll.

Auch der Rassismus hat in keiner Weise nachgelassen. Bis heute handelt es sich bei AusländerInnen um Fremde, die entweder aufgrund ihrer Rasse oder eben ihrer Kultur die Anderen sind und bleiben müssen.

"Man muss doch mal sagen dürfen ..."

Da der rechte Konsens aus einzelnen Elementen zusammengesetzt ist, die unabhängig voneinander Bestand haben können, sind einzelne der Elemente politisch unterschiedlich stark verankert und abhängig von politischen Kampagnen unterschiedlich wirkungsmächtig. Nicht jede Konjunktur von Elementen des rechten Konsens nützt dabei den Nazis. Die Bedingungen, unter denen aus dem rechten Konsens ein Erstarken der Nazibewegung folgt, lassen sich an zwei Beispielen aus den letzten Jahren diskutieren. Von den antiamerikanischen Friedensdemonstrationen und den Protesten gegen Hartz IV mündete nur die letztere Aktivierung des rechten Konsens in einer spürbaren Konjunktur für die Nazis.

Im Rahmen der Friedensbewegung waren sie zwar mit ihren Positionen weitgehend im gesellschaftlichen Konsens verankert, kamen aber nicht dazu, sich innerhalb dieses Konsenses als politische Kraft zu profilieren. Das lag wesentlich daran, dass die Nazis mit ihrer Definition des Problems in den internationalen Beziehungen der Beschreibung der Regierung unterlegen waren. Während die Regierung die Handlungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Kontext zu erhöhen trachtet und dabei mit der Einbindung in die EU und eine europäische Militärstruktur bei bzw. in der NATO auch einen Erfolg versprechenden Weg präsentieren kann, sind die Positionen der Nazis dem Nationalgefühl, endlich als Global Player auf der Weltbühne dabei zu sein, unangemessen. Deren Mangel an nationaler Öffnung und das Verharren im Bezugsmodell Deutschland sind es, die den Antiamerikanismus der Nazis in dieser Frage trotz des gemeinsamen Hasses auf den US-Imperialismus antiquiert erscheinen lassen.

Anders sah es bei den Hartz IV Protesten aus. Auf einem Gebiet, auf dem das staatliche Handeln nur Zumutungen zu bieten hat, ohne dass die im Kapitalismus notwendig als Krise auftretende Arbeitslosigkeit auch nur aufhörte zu steigen, erscheint die Gesellschaftsvorstellung der Nazis als echte Alternative. Die unmittelbar bei der der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft entlehene Rezeptur aus Arbeitszwang und Teilhabe ist genau die soziale Diktatur, die Sicherheit verspricht. Gerade weil in der sozialen Frage die Rolle der Arbeit und das autoritäre Staatsverständnis zusammenkommen, während die neoliberale Politik nur von einer gescheiterten Initiative zur nächsten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von arm nach reich eilen kann, ist Problemdefinition und Problemlösung im völkischen Modell so überzeugend. Dagegen zu argumentieren, auf dem gegenwärtigen Niveau der kapitalistischen Produktion sei die völkische Krisenlösung nicht reproduzierbar, ist genauso oberflächlich

wie die Behauptungen der anderen parlamentarischen Kräfte, es handle sich bei der völkischen Option um keine Lösung, und sie sei außerdem nicht finanzierbar.

Gegen solche Argumente wirkt die völkische Position unverbraucht und ehrlich, weil sie aus den markoliberalen Schemata ausbricht und die politische Aneignung der Ökonomie verspricht. Die NPD stilisiert sich regelmäßig als Fundamentalopposition, wozu auch Auftritte wie die Rede vom "Bombenholocaust" im Dresdener Landtag gehören, und will damit beweisen, was sie von den anderen Parteien trennt. Auch wenn in diesem konkreten Fall die Wirkung auf dem geschichtspolitischen Feld der NPD nicht zuträglich gewesen ist, ihre Rolle als "die oppositionelle Kraft für die Interessen des deutschen Volkes" hat sie damit gespielt.

Heute lässt sich das weitere Fortschreiten der Etablierung der NPD als politischer Kraft beobachten. Das inhaltliche Schweigen der anderen Parteien, die für ihre Initiativen selbst auf Elemente des im Wahlvolk verbreiteten rechten Konsens zurückgreifen, zur Problematik der NS-Anleihen im völkischen Angebot der NPD ist deren langfristig wirksamer Erfolg.

bgr Leipzig <<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/>>

Um das Papier des bgr hat sich bereits eine kleine Diskussion entwickelt. s. S. 18

4. Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag "Leichenring, Dr. Müller, Menzel und Apfel sehr wohl nationalsozialisten"

Die Hauptfiguren der sächsischen NPD-Fraktion halten trotz ihrer Delegation ins Parlament an ihrer antidemokratischen Position fest, so jedenfalls lautete die Einschätzung eines Ex-Mitglieds der militanten Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) und heutigem LT⁷-Mitarbeiter.

Wie haben die 12 MdLs⁸ in einem Jahr Arbeit im Landtag ihre Ideologie umgesetzt?

Protagonisten der Fraktion

Der bekannteste NPD-Abgeordnete ist der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, selbsternannter "Parteisoldat" mit Funktionärs-Bilderbuchkarriere. Auf dem Landeskongress der NPD-Jugendorganisation JN⁹ ließ Apfel 1998 verlauten: "Als Vorbilder für die JN zählen einzig und allein die Wehrmacht und die Soldaten der Waffen-SS!" Holger Apfel tritt immer genau dann an das Rednerpult, wenn die Thematik dem ordinären NPD-Populismus dienlich sein könnte. Er bevorzugt in seinen Reden und Anfragen plakative und populistische Ausdrucksweisen, ohne wirklich auf eine sachliche Argumentationslinie aufzubauen. Keiner der NPD-Abgeordneten ist so fest in den örtlichen Strukturen seiner Herkunftsregion verwurzelt, wie der Fahrschullehrer Uwe Leichenring aus der Sächsischen Schweiz. Er kann auf eine breite Basis von StammwählerInnen bauen und verfügt darüber hinaus über hervorragende Kontakte zum Personenumfeld der verbotenen, gewalttätigen Neonazikameradschaft SSS. Uwe Leichenring bedankte sich nach der letzten Bundestagswahl schriftlich bei "den Kameraden der SSS und der SSS/AO für die hervorragende Absicherung unserer Veranstaltungen und Infotische." Er ist in der Fraktion dafür verantwortlich die hauptsächlichen Anfragen und Reden zum Thema Linksextremismus zu stellen und dabei die NPD als Hüter von Gesetz und Ordnung in Szene zu setzen. Leichenring ist derjenige

⁷ Abkürzung für Landtag

⁸ Abkürzung für Mitglied des Landtags

⁹ Junge Nationaldemokraten

NPD-Abgeordnete, welcher am besten mit den zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln umgehen kann und diese durch einen übermäßigen Gebrauch vollkommen ausschöpft. Der Abgeordnete Jürgen W. Gansel gefällt sich in der Rolle als Theoretiker der Fraktion im "Kampf gegen die Schuldnechtschaft des deutschen Volkes und für die historische Wahrheit" für welche er auch schon mal die geschichtlichen Tatsachen verdreht. Das "Sorgenkind" der NPD-Fraktion ist der 65jährige Klaus Jürgen Menzel, der von seinen Fraktionskollegen sogar mit physischer Gewalt davon abgehalten wird, an das Rednerpult des Landtages zu treten, so geschehen z.B. in der Sitzung am 22.06.05.

Damit die Landtagsabgeordneten der NPD sich in ihrem parlamentarischen Agieren nicht blamieren, steht ihnen ein ganzer Stab von "neu-rechten" Intellektuellen als MitarbeiterInnen zur Seite. Dieser MitarbeiterInnenstab setzt sich aus zahlreichen langjährigen Funktionären und Theoretikern der rechtsextremen Szene aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen. Andererseits verdienen auch Personen mit guten Kontakten zur gewaltbereiten, militanten Neonaziszene ordentliche Gehälter im Landtag.¹⁰

"Volksbewegung" zur "Volksgemeinschaft"

Unter dem Slogan "Volksfront von rechts" arbeitet die NPD vor allem seit der Landtagswahl 2004 intensiver an einer Konzentration aller neonazistischen Kräfte. Nachdem Kader aus der Freien Kameradschaftsszene der NPD beigetreten sind, versucht diese auch die Radikalität der außerparlamentarischen Opposition ins Parlament zu tragen.

Drei zentrale Felder der Kooperation sind auszumachen: Beim politischen Auftreten in der Öffentlichkeit (Kundgebungen und Demonstrationen), bei internen Veranstaltungen (Vorträge und Konzerte) so wie bei der Ausschöpfung parlamentarischer Ressourcen (Immunität, Auskunftsrechte und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit).

Zu erst einmal sind die Demonstrationen zu nennen. Beispielsweise am 1. Mai 2004 und 8. Mai 2005 in Berlin, die Gedenkdemo für den Hitlerstellvertreter Heß in Wunsiedel oder die Aufmärsche zum 13. Februar in Dresden. Diese Veranstaltungen wurden gemeinsam organisiert; die NPD bezieht daraus den Vorteil bei den Aufmärschen auf ein relativ großes Potential zurückgreifen zu können, die "Freien Kräfte" dagegen haben überhaupt die Möglichkeit, legal zu demonstrieren. Wichtig für das Verhältnis der "Freien Kräfte" zur NPD ist, dass die NPD den legalen Rahmen für Rechts-Rock (bzw. Hatecore) – Konzerte schaffen kann. So wurde z.B. im Dezember 2005 ein Konzert in Oderwitz oder in der Vergangenheit mehrere Konzerte in Mücka von der NPD organisiert. Mit dem Neuerwerb der JN-Immobilie in Oderwitz reagiert die NPD auf die zwangsweise Schließung ihrer berüchtigten Stammlokalität, der Diskothek "Wodan" in Mücka. Letztendlich werden "Freie Kräfte" durch Mitglieder des Landtages unterstützt. Im Landtag wurden die Freien Kameradschaften von den MdLs durch kleine Anfragen zu den Themen "Durchführung und Auflösung von Skinheadkonzerten in Sachsen", "Rechtskraft des Verbots der SSS" und "Linksextremismus in Sachsen" unterstützt. Zwei MdLs der NPD treten besonders hervor, nämlich Klaus Menzel und Uwe Leichenring. Klaus Menzel fällt immer wieder auf indem er die KameradInnen beim Stören von zivilgesellschaftlichen, bzw. antifaschistischen Veranstaltungen begleitet. So versuchte er auch am 16. 6. 2005 eine Veranstaltung der Initiative "Bürger.Courage" zu "Strategien rechtsextremistischer Organisationen" zu stören.¹¹ Uwe Leichenring tritt nicht öffentlich mit militanten Neonazis auf, verfügt aber über Kontakte zur SSS und unterstützt diese in erster Linie logistisch.¹² NPD und die Kameradschaften sind sich allerdings uneinig darüber, wer welche Rolle in der "Bewegung" spielt. Neonazis sehen die NPD eher als parlamentarischen Flügel, der sich einzufügen bzw. den langfristigen Zielen der "Bewegung" unterzuordnen hat. Dagegen dürfte die NPD die "Freien Kräfte" eher als Vorfeldorganisation verstehen.

¹⁰ <<http://nip.systemli.org/Article21.html>>

¹¹ <<http://nip.systemli.org/Article48.html>>

¹² <<http://nip.systemli.org/Article23.html>>

1 Jahr NPD im Landtag

Der Landtag als demokratische Institution wird von der NPD abgelehnt, meist mit der dumpfen Drohung, es wäre nichts mehr wie bisher, wenn man erst einmal die Mehrheit stelle. Sehr eingeschränkt diskursfähig wirkt die NPD-Fraktion hauptsächlich mit Kleinen und Grossen Anfragen um sich, nutzt die Möglichkeit, eine aktuelle Debatte anzuzetteln, vollständig aus, wenn dies nicht genügt, bedient sie sich der eigentlich außerordentlich Dringlichen Anträge. In diesem Punkt kann man eine Kontinuität in allen Landtagssitzungen beobachten. Seit der Konstitution des sächsischen Landtages fand keine Sitzungswoche statt, in welcher nicht mindestens ein von der NPD initiiertes Tagesordnungspunkt diskutiert werden musste.

Die Themen, die über die NPD-Schwerpunkte Ausländerhass, das Feindbild Linksextremismus, und von Hartz IV Benachteiligten hinausgehen, betreffen meist das lokale WählerInnen Klientel der Abgeordneten. Sie betätigen sich als "SpezialistInnen" in den Bereichen ihrer beruflichen Kenntnisse. MdLs ohne eigentliches Fachgebiet spezialisieren sich auf die Programmatik der NPD: Mirko Schmidt und Winfried Petzold agitieren gegen MigrantInnen und interkulturellen Austausch. Kurz vor dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg drängte sich die NPD mit einem dringlichen Antrag zu den "anglo-amerikanischen Terrorangriffen" ins Scheinwerferlicht und verhöhnte mit ihren geschichtsrevisionistischen Parolen vom "Bomben-Holocaust" die Opfer des Nationalsozialismus. Mit dem demonstrativen Verlassen des Landtages während einer Schweigeminute anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz (Holocaust-Gedenktag) unterstrich die NPD ihre menschenverachtende Einstellung.¹³ Dass diese offensiven Strategien der NPD nicht immer zu einem Erfolg für die Neonazis werden, bekam man bei der von den Rechtsradikalen initiierten aktuellen Debatte "Grenzen dicht für Lohndrücker" am 18.05.05 auf eindrucksvolle Weise vorgeführt. Da die Herstellung der parteieigenen NPD-Zeitung "Deutsche Stimme" in Polen und Litauen durch andere Fraktionen thematisiert wurde, endete die Sitzung in einem politischen Fiasko für die Neonazis. Die NPD-Abgeordneten sind zwar in jedem Ausschuss vertreten, fallen jedoch nur durch die regelmäßige Stille zwischen ihren dogmatischen Auftakt- und Abschlussstatements auf.

Einige der spezifischen neuen Möglichkeiten als LT-Fraktion kann die NPD bis jetzt nicht nutzen: Die Gründung einer NPD-Stiftung aus Landesmitteln wurde abgelehnt, Gansels Sitz in der Landeszentrale für politische Bildung bleibt aufgrund der paritätischen Verteilung nahezu bedeutungslos. Trotzdem scheint die NPD getreu ihren Slogan "Heute Dresden, morgen Deutschland" neben den Fraktionsräumen im Dresdner Landtag auch die Arbeitsplattform der Bundespartei in die Riesaer Verlagsgebäude des Parteiorgans "Deutsche Stimme" verlegt zu haben. Nicht zuletzt auch durch ihre zahlreichen Mandate in den sächsischen Kommunalparlamenten verfügt die NPD in Sachsen über eine feste Verankerung in der Landespolitik, welche sie stetig versucht auszubauen. Wenn keine permanente kritische Auseinandersetzung mit ihren Inhalten stattfindet, besteht die Gefahr, dass das von der NPD vertretene neonazistische Gedankengut auch weiterhin bis tief in die Mitte der Gesellschaft vordringt und sich dort festsetzt.

Anne Longrich & Michael Bergmann [NIP-Redaktion]

Weitere Informationen s. S. 19

¹³ <<http://nip.systemli.org/Article22.html>>

5. Popkultur und das Label deutsch

Über die Nationalisierung der Popkultur

Von Marvin Alster

Dieser Text wird zur Zeit überarbeitet







6. Die Kampagne "Du bist Deutschland"

Die Kampagne "Du bist Deutschland" versucht über den Deutschlandbezug ein Gemeinschaftsgefühl herzustellen, in der sich jedeR in die deutsche Gemeinschaft nach seinen/ ihren Kräften einbringen soll, um für das Ganze etwas Besseres zu schaffen. Das klingt nach völkischem Nationalismus. Im Rechtsextremismus wird Nationalismus überhöht und mit ethnischen, kulturellen und politischen Kriterien des Ausschlusses versehen. Die Idee einer "ethnisch reinen" Nation, die auf genetischer Abstammung basiert, charakterisiert den völkischen Nationalismus. Die Nation stellt hier den höchsten Wert dar und wird der Maßstab allen politischen Denkens und Handelns. Nationalismus eignet sich zur Herstellung kollektiver Identität und vermag starke Verantwortungsgefühle gegenüber dem Kollektiv zu wecken. Letztlich ist die Nation aber eine mehr oder weniger willkürliche Konstruktion, eine nur imaginäre Vorstellung von Gemeinschaft. Nichtsdestotrotz ist Nation-Sein und Nationalismus ein weltweit bestehendes Phänomen und Ultra-Nationalismus bzw. völkischer Nationalismus ist nach wie vor ein zentrales Element des Rechtsextremismus.²⁶

Allerdings präsentiert die Kampagne ein modernisiertes "Volksbild", in dem Afrodeutsche und migrantische Jugendliche ebenso ihren Platz haben wie Behinderte und Schwule. Anders als im Nationalsozialismus wird also kein rein weißes Deutschland vermittelt. Dieses neuere Verständnis von Deutsch-Sein wird aber verknüpft mit traditionellen Volksgemeinschaftsbezügen, wie dem Aufgehen in der Gemeinschaft, dem Aufopfern für die Gemeinschaft und einem starken Gefühl des Dazugehörens. Dies ist einer der Kritikpunkte an der Kampagne.

Was im so genannten Manifest der Kampagne an positivem Deutschland-Bild vermittelt werden soll, drängt nach genauerer Betrachtung. Nicht einmal der aufgedeckte historische Ursprung der Parole "Du bist Deutschland" im Nationalsozialismus z.B. bei Indymedia²⁷ oder Spiegel online²⁸ konnte eine Reaktion bei den Initiatoren auslösen - was wohl auch am fehlenden öffentlichen Protest lag. Und so werden auch weiterhin so fragwürdige Aussagen wie "Wieso schwenkst du Fahnen, während Schumacher seine Runden dreht? ... Weil aus deiner Flagge viele werden und aus deiner Stimme ein ganzer Chor." über die Fernsehschirme flimmern. Diesen Satz spricht Xavier Naidoo im Holocaustmahnmal stehend, der Musiker und Mitglied der Brothers Keepers²⁹ präsentiert sich ansonsten gerne als kritische Stimme gegen rechte Gesinnung und verleiht damit dem Spot eine gewisse Authentizität.

Über die Kampagne wurde in den letzten Monaten schon einiges - auch kritisches - geschrieben. Es wurden Fragen aufgeworfen, warum ausgerechnet 25 verschiedene Medienunternehmen unter Führung der Bertelsmann AG eine "bessere Stimmung in Deutschland" - Kampagne lostrete; nach dem Sinn vieler verwendeter Metaphern, nach

²⁶ [Definition nach: Rechtsextremismus heute - Eine Einführung in Denkwelten, Erscheinungsformen und Gegenstrategien. Bulletin 1/2002, Hrsg. vom Zentrum Demokratische Kultur <<http://www.zentrum-demokratische-kultur.de>>]

²⁷ <<http://de.indymedia.org/2005/11/133518.shtml>>

²⁸ <<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,386544,00.html>>

²⁹ <<http://www.brotherskeepers.de>>

der Platzierung von Homosexuellen und Behinderten im Holocaustmahnmal. Und nach den Beweggründen der Prominenten und weniger bekannten GesichtgeberInnen der Fernseh- und Kinospots und zur Namens- (und Vorbild-) Wahl für die Plakatkampagne. Auch linke Initiativen und freie Radios haben sich mit der Kampagne auseinandergesetzt. Die hier angeführten Links und Artikel verweisen auf die Kampagne und ihre kritische Betrachtung.

Die Kampagne s.S. 19

7. Die Kampagne "Schöner leben ohne Naziläden"

Homepage der Kampagne "Schöner leben ohne Naziläden"

<<http://www.stoppnazilaeden.de.vu/>>

Schöner Leben ohne Nazi-Läden

Seit einigen Monaten läuft in Sachsen eine neue Kampagne gegen die zunehmende Dominanz einer extrem rechten Jugendkultur samt dessen Lifestyle. Erste Erfolge sind bereits sichtbar.

Über das Konzept und seine Umsetzung sprach Christian Dornbusch für die Zeitschrift DER RECHTE RAND mit Karsten Hohlfeld, dem Sprecher der Kampagne.

<<http://www.nadir.org/nadir/periodika/drr/archiv/NR92/92-2.html>>

Radio Island: Radioshow #5

Dass es in Sachsen ein Problem mit Nazis gibt, ist nichts Neues. Neu ist nur, dass Nazis mittlerweile verstanden haben, wie man mit coolem Lifestyle gut ankommt. Die Kampagne "Schöner Leben Ohne Naziläden" thematisiert den Zustand, dass es z.B. in der Kleinstadt Pirna mehr als nur einen Laden gibt, in dem man Klamotten kaufen kann, die von und für Nazis gemacht sind. Ziel der Kampagne ist also, den rechten Lifestyle anzugreifen. Radio Island war bei einer Demonstration der Kampagne dabei...³⁰

8. weitere Materialien

Rechter Konsens

Zone der Angst

Auch wenn keine rechtsextremen Organisationen vorhanden sind, kann ein rechter Konsens bestehen. Das zeigt eine Studie am Beispiel Oranienburg...

<<http://www.klick-nach-rechts.de/ticker/2003/04/oranienburg.htm>>

Zur Sozialen Frage und Rechtsextremismus:

Horst Helas: Die Soziale Frage und der Rechtsextremismus. Impuls-Beitrag zum Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Weltsozialforum in Erfurt, 21. bis 24.7.2005
<<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=7115>>

PDF-Download:

<http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Rechtsextremismus/Erfurthelas.pdf>

Die "Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt", Newsletter Nr. 7 mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus setzten sich mit Rechten Aktionen zur sozialen Frage und Geschichtsvermittlung auseinander.

³⁰ <<http://www.public-ip.org/sendung-18.html>>



PDF-Download der Informationen Nr. 7 / Frühjahr 2005: <http://www.mobile-opferberatung.de/doc/050304_MOB_newsletter_7kor.pdf>

Raimund Hethey: Protest-Paradox. Hartz IV mit dem NS bekämpfen?

In die Auseinandersetzungen um den euphemistisch als Sozialreform bezeichneten Abbau sozialer Rechte von ArbeitnehmerInnen haben sich auch Neonazis eingemischt.

<<http://www.nadir.org/nadir/periodika/drr/archiv/NR91/91-2.html>>

Jan Körper und Andreas Speit: "Volkssozialismus" statt "Verelendungsprogramm"

"Hartz muß weg", "Arbeit statt Hartz IV" und "Uns reicht's".

<<http://www.nadir.org/nadir/periodika/drr/archiv/NR90/90-3.html>>

In der Rubrik Disko in der Wochenzeitung Jungle World erschienen mehrere Artikel zu den Protesten gegen Sozialabbau und Hartz IV und die Partizipation der Neonazis:

Angelo Lucifero: Die soziale Frage und die Rechten: Nimm zwei!

Wer die Demontage der Demokratie verhindern und mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzen will, muss sich auch gegen Rassismus und Antisemitismus wehren

Jungle World Nr. 36 vom 25. August 2004

<<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/35/3818.php>>

Freerk Huiskens: Zufälle gibt's!

Die Teilnahme von Rechtsextremen an den Montagsdemonstrationen sollte nicht verwundern. Rechte und linke Botschaften sind sich zum Verwechseln ähnlich.

Jungle World Nr. 37 vom 01. September 2004

<<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/36/3872.php>>

Susanne Fischer: Unmögliche Dialektik

Statt sich mit den paar Neonazis auf den Montagsdemonstrationen zu beschäftigen, sollten die völkischen Antworten der Demonstrierenden auf die soziale Frage kritisiert werden. In: Jungle World Nr. 38, 08. September 2004

<<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/37/3919.php>>

Antifaschistisches Infoblatt, Schwerpunkt: Sozialproteste und Landtags-Wahlen

AIB, Nr. 64, Herbst 2004

Einschätzungen zum Einzug der NPD in den sächsischen Landtag sowie Analysen zu den Protesten gegen das Hartz-IV-Gesetzespaket, an denen sich stellenweise auch Neonazis beteiligten.

<<http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/64/index.php>>

Artikelsammlung zur Beteiligung von Rechtsextremen auf Montagsdemonstrationen und bei Anti-Hartz IV- Protesten

<<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/mo-nazi.html>>

Zu den Wahlstrategien rechtsextremer Parteien und Gegenaktivitäten:

Wahlerfolge der NPD 2004 werden analysiert von Radio Island: Radioshow #4

In dieser Sendung geht es um die erstarkte Nazi-Szene, vor allem in Sachsen. Was kann und muss Antifa in dieser Situation machen? Am 20. Oktober 2004 diskutierten auf einer Jungle-World-Veranstaltung in Leipzig VertreterInnen der Kampagne gegen Naziläden, des BgR Leipzig, der Mobilien Beratungsteams und von ver.di Thüringen zum Thema "Kein Problem mit Nazis?" Wie sind die Wahlerfolge der Nazis und die derzeitige Entwicklung zu bewerten? Und: Braucht die Antifa neue Konzepte?

<<http://www.public-ip.org/sendung-14.html>>



In der Rubrik Disko in der Wochenzeitung Jungle World erschienen mehrere Artikel zum Wahlerfolg der NPD in Sachsen und zur Diskussion um mögliche und notwendige Gegenaktivitäten.

Mark Schneider: Antifa heißt Ausschlafen

Nicht der Wahlerfolg der NPD ist das Problem, sondern die rechte Gesinnung des Großteils der Gesellschaft.

Jungle World Nr. 41 vom 29. September 2004

<<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/40/4053.php>>

Alexa Anders und Peter Conrady: Antifa heißt Aufwachen

Der Kampf gegen Neonazis muss sich auf die neuen Verhältnisse einstellen.

Jungle World Nr. 41 vom 29. September 2004

<<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/40/4052.php>>

Antifaschistisches Infoblatt, Schwerpunkt: Rechte in den Parlamenten

AIB, Nr. 66, Frühjahr 2005

Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen werden die Aktivitäten von Rechtsaußen-Politikern in deutschen Parlamenten analysiert.

<<http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/66/index.php>>

Broschüre "...in der Mitte angekommen" Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von argumente.netzwerk antirassistischer bildung e.V.

lausitzerstr. 10

10999 berlin

Tel. /Fax: 030-61076468

E-Mail: infoMV@argumente-netzwerk.de

Download als pdf-Datei <<http://www.lobbi-mv.de/texte/mitte.pdf>>

Rainer Benthin: Rechts und dumm? Das muss nicht so sein, In: Berliner Republik 1/2005

Offener, jünger, moderner: Wie die Neue Rechte in Deutschland systematisch versucht, die Hoheit über die gesellschaftliche Mitte zu erobern.

<[http://b-republik.de/b-](http://b-republik.de/b-republik.php/cat/8/aid/795/title/Rechts_und_dumm_Das_muss_nicht_so_sein)

[republik.php/cat/8/aid/795/title/Rechts_und_dumm_Das_muss_nicht_so_sein](http://b-republik.php/cat/8/aid/795/title/Rechts_und_dumm_Das_muss_nicht_so_sein) >

Weitere Informationen zu:

2. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Weitere Literatur zur Rechtsextremismusforschung:

- Antifaschistisches Netzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (Hrsg.), Braune Schwestern - Feministische Analysen der extremen Rechten, Münster 2005
- Bernd Six, Autoritarismusforschung. Zwischen Tradition und Emanzipation, in: Gruppendynamik, 28 (1997), S. 223 - 238.
- Birgit Rommelspacher, Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus, in: W. Schubarth/ R.Stöss (Hrsg.) (Anm. 3), S. 199 - 219
- Jürgen Winkler/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen W. Falter, Stand und Perspektiven der Forschung, in: J. W. Falter/H.-G. Jaschke/J. R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996, S. 9 - 21.
- M. Fuchs, Rechtsextremismus von Jugendlichen. Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 55 (2003), S. 654 - 678.
- Michael Schwandt, Subjektkonstitution und politische Praxis. Die Stellung der Psychoanalyse in der Kritischen Theorie, in: ebd., S. 98 - 114.
- Oliver Decker, Autoritarismus und Persönlichkeit, in: Texte aus dem Colloquium Psychoanalyse, 5 (1999), S. 115 - 129
- Oliver Decker/Elmar Brähler, Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland, in: Psychosozial, 23 (2000) 2, S. 31 - 38;
- Oliver Decker/Oskar Niedermayer/Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin, 1 (2003), S. 65 - 77.]
- Renate Bitzan, Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen 2000.
- Theodor W. Adorno/Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford, The Authoritarian Personality, New York 1950.
- Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Berlin 2000
- Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, Frankfurt/M. 1994.

3. Konsens und Tabu

Um das Papier des bgr hat sich bereits eine kleine Diskussion entwickelt:

Leserbrief zu Konsens und Tabu

<<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/127/20.html>>

Konsens ist Nonsense. Eine Kritik der Isolation anhand des BgR-Papiers "Konsens und Tabu"



4. Ein Jahr NPD im sächsischen Landtag **"leichenring, dr. müller, menzel und apfel sehr wohl nationalsozialisten"**

Projekt "Nazis in den Parlamenten"

Ständig aktuelle Informationen, Einschätzungen und Berichte über die Aktivitäten der sächsischen rechtsextremen Abgeordneten in Stadt-, Kreis- und Landtagsfraktion gibt es bei <http://nip.systemli.org/>.

Special zur Bundestagswahl 2005

<http://nip.systemli.org/Topic7.html>

Themenschwerpunkt der Wochenzeitschrift Jungle World zur NPD und den Landtagswahlen in Sachsen, Nr. 38 vom 08. September 2004 u.a. mit folgenden Beiträgen:

Peter Conrady: Hier gehör'n sie hin! Den verbalen Attacken auf die Rechtsextremisten, die im Juni in einige sächsische Kommunalparlamente einzogen, folgten nicht viele Taten.
<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/37/3886.php>

Jörg Kronauer: Comeback der Nationalsozialen Die NPD gibt sich sozial und ruft zur Beteiligung an Montagsdemonstrationen auf.
<http://www.jungle-world.com/seiten/2004/37/3885.php>

6. Die Kampagne "Du bist Deutschland"

Die Kampagne

Du bist Deutschland - Die Kampagnenseite
<http://www.du-bist-deutschland.de>

Informationen zur Kampagne bei Wikipedia:
http://de.wikipedia.org/wiki/Du_bist_Deutschland

Kritische Entgegnungen auf "Du bist Deutschland"

Die Entgegnungen auf die Kampagne im Internet:
<http://www.flickr.com/groups/dubistdeutschland/pool/>

Alex Busch: Ein Haufen Deutschland, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 70, 1/2006.
Erhältlich unter: <http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib/index.php>

Mit dem Schwerpunkt "Patriotismus" beschäftigt sich die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift "Der Rechte Rand", Nr. 98, Jan./Febr. 2006. Zu bestellen unter:
<http://www.nadir.org/nadir/periodika/drr/aktuelles.htm>

Einige Beiträge von Freien Radios zur Kampagne:

"du bist nicht unbedingt deutschland" (1+2) von QUERFUNK Karlsruhe
<http://www.querfunk.de/>
<http://freie-radios.info/portal/content.php?id=10269>
<http://freie-radios.info/portal/content.php?id=10268>

"Du bist Deutschland ...oder auch nicht!" von Radio Z Nürnberg <http://www.radio-z.net/>
<http://freie-radios.info/portal/content.php?id=10504>

"Du bist Deutschland" von Radio Island Leipzig <http://www.public-ip.org>
<http://www.public-ip.org/sendung-107.html>

"Du bist Deutschland: Mit Siegertugenden den Standort befördern" von GegenStandpunkt, Freies Radio für Stuttgart <http://www.freies-radio.de/>

<<http://freie-radios.info/portal/content.php?id=10887>>

Jens Jessen: Du bist Werbeagentur, In: Die Zeit, 06.10.2005

< http://www.zeit.de/2005/41/Spitze_41>

Benedikt Erenz: Kreatives Grenzland. Die Kampagne "Du bist Deutschland" hat einen historischen Vorläufer, ZEIT online 25.11.2005

<http://www.zeit.de/online/2005/48/denn_du_bist_deutschland>